

## **Freiburger Bündnis gegen TTIP/CETA/TiSA**

**Attac Freiburg, BUND OV Freiburg, DGB Stadtverband Freiburg, ECOtrinoVA e.V.,  
Runder Tisch zu den Auswirkungen der Hartz-IV-Gesetze, Klimabündnis Freiburg,  
Jusos Freiburg, Ver.di OV Freiburg, Greenpeace Freiburg, Eine-Welt-Forum Freiburg**

### **Offener Brief an alle SPD-Mitglieder**

Liebe Mitglieder der SPD,

in großer Sorge wenden wir uns an Sie, denn der Beschluss des SPD-Konvents vom 20. September 2014 zu den geplanten Abkommen CETA und TTIP<sup>1</sup> bestürzt uns sehr. Freihandels- und Investitionsabkommen wie TTIP, CETA, TiSA etc. bedrohen gesellschaftliche Errungenschaften, demokratische Entscheidungsmacht und das Ziel eines gerechten, solidarischen Welthandels. Doch nach wie vor wird die Debatte in Ihrer Partei von den vermeintlichen Chancen dieser Abkommen beherrscht. Wir halten diese Argumente für irreführend:

- Die positiven Wachstums- und Beschäftigungseffekte, die etwa den TTIP-Verhandlungen als offizielle Begründung dienen, sind sogar gemäß den zugrundeliegenden Studien vernachlässigbar gering. Zudem sind die Methoden dieser Studien sehr umstritten.<sup>2</sup> Im Gegenteil gibt es Belege dass Freihandelsabkommen den Preisdruck auf Löhne erhöhen, Arbeitsplätze vernichten und eine weit geringere Zahl neuer, dafür aber prekärer Jobs schaffen.<sup>3</sup>
- Die Verheißung, mit TTIP könnten sozialere und ökologischere Regeln für die globale Wirtschaft geschaffen werden, ist eine Illusion. Sie widerspricht dem umfassenden Liberalisierungsziel, das im EU-Verhandlungsmandat hervorgehoben wird, dem massiven Einfluss großer Wirtschaftsverbände auf die Verhandlungen und den Erkenntnissen aus bisherigen TTIP-Leaks.<sup>4</sup>

Demgegenüber würden TTIP, CETA und weitere „Abkommen neuen Typs“ breite Teile der Gesellschaft schädigen und einen erheblichen Machtzuwachs für große Konzerne global festschreiben, da sogenannter „Freihandel“ den Standortwettbewerb verschärft und Konzerninteressen als Allgemeininteresse maskiert:

- Hart erkämpfte Errungenschaften wie z.B. Verbraucherschutz- und ArbeitnehmerInnenrechte, Lohnniveaus, Umwelt-, Gesundheits- und Sozialauflagen werden zu „Handelshemmnissen“ herabgewürdigt. Damit unterstehen vorhandene demokratisch beschlossene Regulierungen der Profitlogik: Sofern sie nicht wegverhandelt werden, setzt sich im Rahmen der „gegenseitigen Anerkennung“ der niedrigere Standard durch oder wird auf anderem Wege (z.B. durch Klagen) erzwungen.
- Mit den umstrittenen privaten Schiedsverfahren können Staaten zu empfindlichen Schadensersatzzahlungen gezwungen werden, wenn sie Regulierungen im Interesse des Allgemeinwohls einführen oder überarbeiten wollen. Sie könnten daher schon vorab auf solche Regulierungen verzichten.<sup>5</sup>
- Die zusätzlich angestrebte „regulatorische Kooperation“ nach Vertragsabschluss würde Konzernen ein Mitspracherecht für die Schaffung zukünftiger Bestimmungen einräumen, noch bevor die Parlamente sich mit den Gesetzesvorhaben beschäftigen. Sogar die Überarbeitung bestehender Bestimmungen ist beabsichtigt. Der geplante „Regulierungsrat“ aus Behörden- und Handelsvertretern hätte mehr legislative Kompetenz als das Europäische Parlament. Das widerspricht dem Grundsatz der Gewaltenteilung in der Demokratie. Die Entwicklung eines demokratischeren Europas würde auf Jahrzehnte hinaus blockiert.<sup>6</sup>
- Die Gestaltungshoheit insbesondere kommunaler Parlamente wird gefährdet durch den enormen Liberalisierungs- und Privatisierungsdruck, der von diesen Abkommen auf die öffentlichen Dienstleistungen, insbesondere die Daseinsvorsorge ausgeht. Sogenannte „Standstill“- und „Ratchet“-Klauseln schreiben eine einmal erreichte Liberalisierung oder Privatisierung öffentlicher Güter dauerhaft fest und verlangen, dass auch künftige Liberalisierungen

gen automatisch zu TTIP-Verpflichtungen werden. Der Rückkauf bzw. die Rekommunalisierung privatisierter kommunaler Betriebe, etwa von Wasserwerken oder Krankenhäusern wäre dann verboten.<sup>7</sup>

- Besonders in den Ländern des „globalen Südens“ würde TTIP die Armut weiter verstärken. Dies prognostizieren sogar die Studien der TTIP-Befürworter.<sup>8</sup>

Der Beschluss des SPD-Konvents benennt zwar diese und weitere Kritikpunkte, leitet daraus aber lediglich „Erwartungen“ ab. Diese werden das der EU-Kommission erteilte Verhandlungsmandat jedoch nicht abändern, denn dem müssten alle 28 Mitgliedsstaaten zustimmen. Die einzig richtige Konsequenz aus den Anforderungen des Konvents kann nur lauten: **Die Verhandlungsmandate zu TTIP und TiSA müssen aufgehoben werden; das CETA-Abkommen, das als Blaupause für TTIP gilt, darf nicht abgeschlossen werden.** Zu diesem Schluss kam übrigens auch der DGB Bundeskongress, entgegen anderslautender Behauptungen.<sup>9</sup> **Darüber hinaus ist im Koalitionsvertrag die verbindliche Verankerung der Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) in allen Freihandelsabkommen der EU festgeschrieben. Die USA haben jedoch bisher nur zwei dieser acht ILO-Kernarbeitsnormen ratifiziert, Kanada nur sechs!**

Bitte setzen Sie sich mit allen Ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln dafür ein, dass diese Verträge nicht weiterverhandelt oder ratifiziert werden! Ein überwältigender Teil der Zivilgesellschaft, eine breite europäische Bewegung kämpft gegen die drohenden sozialen und ökologischen Zumutungen und den drohenden Demokratieabbau. Setzen Sie sich mit uns ein für eine gerechte und solidarische Weltwirtschaftspolitik! Weitere Informationen finden Sie unter [www.attac.de/ttip](http://www.attac.de/ttip).

Wir bitten Sie, diese Mail an die Mitglieder Ihres Kreisverbandes weiter zu leiten.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag des Bündnisses:  
Barbara Volhard (Attac Freiburg)  
Wildtalstr. 14 a  
79108 Freiburg

In den Anmerkungen unten finden Sie Quellenangaben mit wörtlichen Zitaten sowie einige Stellungnahmen, u.a. die des Bundesverbandes der mittelständischen Wirtschaft.

---

<sup>1</sup> **Beschluss des fünften SPD-Parteikonvents** am 20. September 2014 in Berlin „Unsere Erwartungen an die transatlantischen Freihandelsgespräche“:

[https://www.spd.de/scalableImageBlob/123760/data/20140920\\_parteikonvent\\_beschluss\\_ttip-data.pdf](https://www.spd.de/scalableImageBlob/123760/data/20140920_parteikonvent_beschluss_ttip-data.pdf)

<sup>2</sup> **Siehe Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung** „Das Märchen vom Wachstums- und Beschäftigungsmotor“:  
<http://library.fes.de/pdf-files/wiso/10969.pdf>

Oder auch eine aktuelle Studie der Tufts University in Massachusetts: „The Transatlantic Trade and Investment Partnership: European Disintegration, Unemployment and Instability“. Die Studie basiert auf Modellen der Vereinten Nationen (United Nations Global Policy Model, GPM) (1). **Danach würde das geplante Freihandelsabkommen TTIP in Europa rund 600.000 Arbeitsplätze kosten und – je nach Land – zu Einkommensverlusten von 165 bis zu 5.000 Euro pro Person und Jahr führen. Auch Steuereinnahmen und Bruttoinlandsprodukte würden erheblich schrumpfen.**

<http://www.ase.tufts.edu/gdae/Pubs/wp/14-03CapaldoTTIP.pdf>

**Deutsche Zusammenfassung unter** <http://ttip.attac-bremen.eu/index.php?page=capaldo-tufts-university-abstract-and-summary>

<sup>3</sup> **Siehe Studie von Public Citizen** „NAFTA’s 20-Year Legacy and the Fate of the Trans-Pacific Partnership“: <http://www.citizen.org/documents/nafta-at-20.pdf>: “Rather than creating the promised hun-

---

**dreds of thousands of U.S. jobs, NAFTA has contributed to an enormous new U.S. trade deficit with Mexico and Canada, which had already equated to an estimated net loss of one million U.S. jobs by 2004.“**

<sup>4</sup> Den **Lobbyeinfluss auf die Verhandlungsführung** hat die NGO Corporate Europe Observatory untersucht: <http://corporateeurope.org/de/international-trade/2014/07/ttip-wer-lobbiert-am-meisten> . Ein Beispiel für TTIP-Lobbying der chemischen Industrie: [www.atac.de/news/7798](http://www.atac.de/news/7798)

<sup>5</sup> **Siehe EU-Verhandlungsmandat**, Investorenschutzkapitel Seite 8-10:

<http://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-11103-2013-DCL-1/de/pdf>

Ausländische Investoren sollen vor privaten Schiedsstellen gegen Staaten klagen können, wenn sie ihre Gewinnerwartungen durch Vorschriften der öffentlichen Hand eingeschränkt sehen (Investor-to-State-Dispute-Settlement ISDS). Die Entscheidungen der jeweils drei Privatanwälte sind völkerrechtlich bindend und können entweder die Rücknahme solcher Gesetze zur Folge haben oder Schadenersatzzahlungen in Millionen- bis Milliardenhöhe aus Steuermitteln. Dieser Mechanismus würde dazu führen, dass Parlamente zukünftig eher auf Verbesserungen im Verbraucherschutz, im Sozial- oder Umweltbereich etc. verzichten würden, als die Klage eines Großkonzerns zu riskieren. Zudem würde ISDS nicht nur ausländischen Konzernen ein Instrument in die Hand geben, das heimischen Konzernen nicht zur Verfügung steht, sondern auch große gegenüber mittelständischen Unternehmen übervorteilen (siehe weiter unten die Stellungnahme des Bundesverbandes der mittelständischen Wirtschaft). Da ISDS in CETA enthalten ist, könnten US-Unternehmen schon mit Hilfe von CETA über Tochterunternehmen in Kanada von ISDS Gebrauch machen. Insofern würde ein Herausverhandeln von ISDS aus TTIP – wie von der neuen EU-Kommission angedeutet – keine wesentliche Rolle spielen. Darüber hinaus würde über die **regulatorische Kooperation** das Gewünschte später dennoch erreicht werden können.

<sup>6</sup> **Zitat aus dem Verhandlungsmandat zur regulatorischen Kooperation:**

„Mit dem Abkommen wird ein institutioneller Rahmen geschaffen werden, der (...) der **Förderung der schrittweisen Verwirklichung der Kompatibilität der Regulierungssysteme** dient.“ (Seite 19)

In seiner **Rede vom 10.10.2013** erläutert **Handelskommissar de Gucht** , dass die regulatorische Kooperation **für künftige Regulierungen gelten solle**, um unnötige Handelshemmnisse zu vermeiden (to cooperate on future regulations to avoid unnecessary trade barriers), **die existierende Regulierung kompatibler machen solle** (to make existing regulations more compatible), und dies durch entsprechende **Institutionen** abgesichert werden solle. (Supporting this work with the right institutions.) Er sagt darin auch, dass es sich um ein "living agreement" handele und schlägt einen transnationalen Regulierungsrat vor.

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_SPEECH-13-801\\_en.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_SPEECH-13-801_en.htm)

**Ein Positionspapier der Europäischen Kommission** erläutert, dass ein **Regulierungsrat aus Behördenvertretern und Handelsvertretern** zweimal jährlich tagen und ein jährliches regulatorisches Programm entwickeln soll: „A **Regulatory Cooperation Council (RCC)** will be established with participation from senior or level **representatives from regulators/competent authorities and trade representatives**, as well as Commission’s Secretariat General (SG) and the US Office for Information and Regulatory Affairs (OIRA). The RCC will meet at least twice a year and will prepare a yearly Regulatory Programme.“

**Die Aufgaben des RCC sind u.a. die Vertiefung der regulatorischen Kooperation sowohl hinsichtlich zukünftiger als auch bestehender regulatorischer Maßnahmen:** „to deepen regulatory cooperation towards increased compatibility for **both future and existing regulatory measures**;“

Die Ergebnisse dieses RCC dürften uns als Europäische Richtlinien begegnen, von denen die Öffentlichkeit dann nicht erfährt, wie sie zustande gekommen sind, nach denen aber bekanntlich die Mitgliedsstaaten ihre Gesetzgebung richten müssen.

<http://corporateeurope.org/sites/default/files/ttip-regulatory-coherence-2-12-2013.pdf>

**Bestätigt wird diese Absicht auch in dem geleakten Verhandlungsdokument von der US Handelskammer und BUSINESSEUROPE zum Thema regulatorische Kooperation vom Oktober 2012:**

„the EU and US should agree on regulatory cooperation that will:

- Establish a clear goal of having a counterpart US and EU regulators determine where their regulatory regimes aim for equivalent regulatory outcomes (...); and
- Provide new tools and a governing process (...) which will help address divergences in **both the existing stock of regulations and in future regulatory measures**.

---

This process will also support **regulatory reform in both the US and the EU (...)**  
<http://corporateeurope.org/sites/default/files/businesseurope-uschamber-paper.pdf>

Siehe auch ZEIT vom 5. Juni 2014 „Ein Freifahrtschein für Lobbyisten“:

<http://www.zeit.de/wirtschaft/2014-06/ttip-freihandelsabkommen-regulatorische-kooperation-rcc-eu-usa>

<sup>7</sup> Siehe dazu die **Studie von Thomas Fritz „TTIP vor Ort - Folgen der transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft für Bundesländer und Kommunen“**: [http://blog.campact.de/wp-content/uploads/2014/09/Campact\\_TTIP\\_vor\\_Ort.pdf](http://blog.campact.de/wp-content/uploads/2014/09/Campact_TTIP_vor_Ort.pdf) oder die Analyse von Ver.di „TTIP und TiSA: Eine neue Runde der Liberalisierungen in der EU-Handelspolitik“: [http://ver-und-entsorgung.verdi.de/++file++53be48b96f684408c000000f/download/ver.di%20Info\\_TISA\\_TTIP\\_2014.pdf](http://ver-und-entsorgung.verdi.de/++file++53be48b96f684408c000000f/download/ver.di%20Info_TISA_TTIP_2014.pdf)

<sup>8</sup> Siehe dazu etwa ZEIT vom 15.2.14 „**Revanche des Nordens**“: <http://www.zeit.de/wirtschaft/2014-02/freihandelszone-eu-usa-schwellenlaender> sowie die Broschüre von Brot für die Welt „Nachhaltige Handelspolitik statt TTIP. Das EU-USA-Freihandelsabkommen birgt **Gefahren für den Süden**“: [https://info.brot-fuer-die-welt.de/sites/default/files/blog-downloads/nachhaltige\\_handelspolitik\\_statt\\_ttipweb.pdf](https://info.brot-fuer-die-welt.de/sites/default/files/blog-downloads/nachhaltige_handelspolitik_statt_ttipweb.pdf)

<sup>9</sup> **Beschluss des DGB Bundeskongresses vom Mai 2014, der entgegen anders lautenden Meldungen nach wie vor gültig ist**: "... Aufgrund dieser Befürchtungen müssen die bisherigen TTIP-Verhandlungen ausgesetzt werden und eine andere Zielsetzung bekommen. Die Aussetzung soll dazu genutzt werden, einen transparenten Verhandlungsauftrag der Europäischen Union neu zu bestimmen, um damit einen grundsätzlichen neuen Ansatz in der globalen Handelspolitik zu etablieren."  
(<http://www.dgb.de/themen/++co++080508c4-08d3-11e4-b547-52540023ef1a>)

**Stellungnahme der GEW**: "Medienberichten zufolge hätten die Gewerkschaften TTIP zugestimmt. Das ist nicht der Fall. Der GEW-Hauptvorstand hat seine Ablehnung des geplanten Abkommens im März dieses Jahres beschlossen. Der 20. Ordentliche Bundeskongress des DGB hat - auch auf Initiative der GEW - klare Voraussetzungen für den Abschluss eines Freihandelsabkommens mit den USA formuliert und gefordert, die Verhandlungen auszusetzen und völlig neu auszurichten. Das kann aus Sicht der GEW nur heißen: TTIP und CETA müssen jetzt gestoppt werden. Wir appellieren an den am Wochenende stattfindenden SPD-Parteikonvent, der undemokratischen und unsozialen Abkommenspolitik die Rote Karte zu zeigen! Auch im DGB werden wir die Debatte weiter führen." ([http://www.gew.de/Stopp\\_TTiP\\_Jetzt\\_erst\\_recht.html](http://www.gew.de/Stopp_TTiP_Jetzt_erst_recht.html))

#### **Stellungnahme des Bundesverbandes der mittelständischen Wirtschaft (BVMW):**

Der Investor-Staat-Streitbeilegungsmechanismus (ISDS-Mechanismus) ist in dem geplanten TTIP-Abkommen zwischen der Europäischen Union und den USA überflüssig und strikt abzulehnen. Die geplanten Regelungen benachteiligen die mittelständische Wirtschaft, hebeln die Rechtsstaatlichkeit aus und gehen so zu Lasten der Mitgliedsstaaten der EU. (...) Aufgrund der hohen durchschnittlichen Verfahrenskosten (die OECD geht von 8 Millionen Dollar pro Verfahren aus), können mittelständische Unternehmen den ISDS-Mechanismus in der Praxis nicht nutzen. Der ISDS-Mechanismus begünstigt Großkonzerne, die so geltendes nationales Recht und die staatliche Gerichtsbarkeit umgehen können. Sollte ein entsprechender Mechanismus in der derzeit zur Diskussion stehenden Form in das TTIP-Abkommen integriert werden, würde dies massive negative Folgen für Mitgliedsstaaten der Europäischen Union und für die mittelständische Wirtschaft nach sich ziehen (...) Es besteht nicht nur die Gefahr der Aushebelung der staatlichen Gerichtsbarkeit, sondern zudem eine mögliche indirekte Beeinflussung der staatlichen Regulierungspolitik.

[http://www.bvmw.de/fileadmin/download/Downloads\\_allg\\_Dokumente/politik/Positionspapier\\_TTIP.pdf](http://www.bvmw.de/fileadmin/download/Downloads_allg_Dokumente/politik/Positionspapier_TTIP.pdf)

**Beurteilung von CETA durch die ehemalige Bundesjustizministerin Herta Däubler-Gmelin: Sie hält CETA für nicht zustimmungsfähig, weil es demokratische Rechte aushebelt. Sie empfiehlt dagegen zu klagen.** <http://www.zeit.de/wirtschaft/2014-09/freihandelsabkommen-ceta-ttip>.

**Rechtsgutachten zu CETA: Das Abkommen wirft bisher öffentlich nicht angesprochene verfassungsrechtliche Probleme auf:** [https://www.dropbox.com/s/93jvbjietmxop/CETA-Rechtsgutachten\\_Oktober%202014\\_Fischer-Lescano%20Uni%20Bremen.pdf?dl=0](https://www.dropbox.com/s/93jvbjietmxop/CETA-Rechtsgutachten_Oktober%202014_Fischer-Lescano%20Uni%20Bremen.pdf?dl=0)